

In der Sachzwangsjacke

Die Linke will 2017 mitregieren

Sebastian Carlens

Die Linke, Partei wie gesellschaftliche Strömung, befindet sich in großer Gefahr. Es ist nicht ursächlich das Erstarken der Rechten, das für sie bedrohlich werden wird. Nicht die AfD, die Linkspartei selbst legt sich den Strick um den Hals.

Die Linke will 2017 Teil einer Koalition mit SPD und Grünen werden. Wahlkampfleiter Matthias Höhn hat sich dazu Gedanken gemacht. Für die Öffentlichkeit bestimmt sind sie nicht. Das hat Gründe.

Zum dramatischen Umstand, dass der Partei in ihren Kernländern die Stammwähler wegbrechen, tischt Höhn Binseneintopf auf: Ein Großteil der Bevölkerung wolle mit »etablierter Politik« nichts mehr zu tun haben. Aha, woran liegt's? Lerne lachen ohne zu weinen: »Die Hoffnung muss zurück«. An dieser Front also nichts Neues, der Abmarsch der sozial Abgehängten, der Deklassierten und der Hoffnungslosen kann weitergehen.

Neue Wähler müssen her, die alten haben den Wahlkampfleiter zu schwer enttäuscht. 16 Prozent »linke Unentschlossene« hat Höhn errechnet. Woher die kommen sollen, sagt er nicht direkt, aber vielfach durch die Blume: von den Grünen und vom Hipster-Trail, aus dem erodierten Piraten-Milieu. Die sollten aufpassen, denn »wer grün wählt, kann mit Horst Seehofer aufwachen«. Matthias Höhn zieht die gemeinsame Nacht und das romantische Frühstück mit Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier vor: »Ohne eine Bündnisoption von SPD und Linke wird die Union nicht aus dem Kanzleramt [zu] verdrängen sein«.

Das Techtelmechtel gibt es nicht umsonst. Die zwölf Euro Mindestlohn und die 500 Euro Hartz IV, die Höhn den Erfindern der sozialen Massenausgrenzung abtrotzen will (»Verhältnisse grundlegend ändern«), mag er noch geschenkt kriegen. Danach erst wird es teuer. Von den mitregierenden Kahlschlagsanierern einen »demokratischen Neustart in Europa« zu erwarten ist kühn. Mit den Kriegstreibern von SPD und Grünen auf »Frieden und Entspannungspolitik« zu hoffen ist vermessen. Das »rot-rot-grüne« Modell als »gesellschaftlichen Aufbruch« verkaufen zu wollen ist kein Selbstbetrug mehr, es ist Betrug, hinter wohltonenden Phrasen: »Keine Kampfeinsätze der Bundeswehr!« Natürlich wird es keine geben. Nur »humanitäre Interventionen«. Davon aber viele. Mit »robustem Mandat«.

Das Mitregieren, das endlich, 2017 vielleicht letztmalig greifbar nahe scheint, und da beginnt das Drama linker Selbstentlebung, ist der Partei zum einzigen Selbstzweck geworden. Sollte mit der

Bundestagswahl – gegen den Trend der aktuellen Umfragen – eine Regierungsbeteiligung gelingen und die unweigerliche Desillusionierung in der Sachzwangsjacke anstehen, dann ist 2021 der Weg für den Durchmarsch des rechten Bürgerblocks endgültig freigeräumt.

Denn die Linke hat viel Macht, und die liegt zu großen Teilen außerhalb der Parlamente. Nur sie kann den Rechtsruck stoppen. Sie kann ihn aber auch beschleunigen.

<http://www.jungewelt.de/2016/09-14/107.php>